

Kontra dem Ressortgeist

Erfahrungen aus der Parteiarbeit im Wirtschaftsrat des Bezirks Halle

Die wichtigste Aufgabe der Parteiorganisation im Wirtschaftsrat eines Bezirkes ist, alle Genossen und auch die parteilosen Mitarbeiter dieses staatlichen Organs zu befähigen, an die Lösung der ökonomischen Aufgaben vom politischen Standpunkt aus heranzugehen. In der Praxis, und dabei bildet der Apparat des Wirtschaftsrates Halle keine Ausnahme, arbeiten aber noch viele Mitarbeiter ressortmäßig, also beschränkt fachlich, ohne sich genügend Gedanken über die politische Grundlage für ihre Arbeit zu machen.

Unzulässige Trennung

Die Mitarbeiter der Abteilung Industrie des Wirtschaftsrates zum Beispiel tragen jeweils für die Arbeitsweise von fünf bis sechs volkseigenen Betrieben der bezirklichen Industrie die Verantwortung. Sie benötigen nicht nur die umfassende Kenntnis der technisch-ökonomischen Fragen, sondern auch der politisch-ideologischen Probleme, die für ihren Aufgabenbereich von Bedeutung sind. Leider ist das aber erst in geringem Ausmaß der Fall, was zwangsläufig in der Praxis zu einer unzulässigen Trennung von Politik und Ökonomie führt. Die Tätigkeit eines Mitarbeiters in einem Wirtschaftsrat kann nicht zu dem von unserer Partei gewiesenen Ziel führen, wenn dieser versucht, seine Aufgabe nur an Hand von Planzahlen, Kennziffern, Bilanzen und mittels Formblättern zu lösen.

In dem Bestreben der Parteiorganisation, die Lösung der ökonomischen Aufgaben des Wirtschaftsrates besser zu unterstützen, wurde anfangs ein entscheidender Fehler gemacht. Häufig entstand der Eindruck, daß das, was die Leitung des Wirtschaftsrates nicht schafft, die Parteileitung in die Hand nimmt. Die Parteiorganisation war auf dem besten (eigentlich dem schlechtesten) Wege, selbst Aufgaben des Staatsapparates zu übernehmen. Diese Verwischung der unterschiedlichen Aufgaben des Staatsapparates und der Parteiorganisation begünstigte, daß sich bei einigen Genossen Unklarheiten über die Rolle der Parteiorganisation im Staatsapparat entwickeln konnten. Die Folge war, daß die Parteiorganisation ihre erzieherische Aufgabe nur unvollkommen erfüllte.

In dem Bericht des Politbüros an das 9. Plenum des Zentralkomitees wurde hervorgehoben, daß der Staatsapparat die Aufgabe hat, die konkreten Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse der Partei festzulegen und zu verwirklichen. In diesem Bericht heißt es wörtlich: „Die Mitglieder unserer Partei, die im Staatsapparat tätig sind, sind in diesem Sinne Parteiarbeiter.“ Diese Formulierung bedeutet jedoch nicht, daß die Aufgaben der Parteiorganisation im Staatsapparat mit denen des Apparates selbst identifiziert werden können.

In der Grundorganisation und in den Parteigruppen beraten die Genossen darüber, wie die Beschlüsse der Partei in der praktischen staatlichen Tätigkeit zu verwirklichen sind. Im Unterschied zu den Aufgaben des Wirtschaftsrates hat die Grundorganisation das Parteileben so zu entfalten, daß durch zielstrebige Parteierziehung eine höhere Qualität der staatlichen Leitung erreicht wird. In diesem Sinne hatte jedoch die Parteileitung in der Vergangenheit ihre Verantwortung nicht immer wahrgenommen. Berichteten Genossen zu bestimmten Fragen vor der Parteileitung oder in den Mitgliederversammlungen, so, hatte die Parteileitung ihnen die Problematik vorher in einer solchen Form umrissen, daß sich die Berichte dieser Genossen und die daran anschließende Diskussion nicht von einer Dienstbesprechung unterscheiden ließen. Die Parteileitung ist jetzt dabei, diese fehlerhafte Arbeitsweise zu korrigieren. Sie achtet darauf, daß sowohl in den Leitungssitzungen als auch in den Mitgliederversammlungen und in den Parteigruppen vor allem die ideologischen Grundfragen unserer Arbeit diskutiert werden.

Auf die Arbeiter stützen

Bei einigen Genossen hatte sich in der letzten Zeit eine gewisse Kapitulationsstimmung bemerkbar gemacht. Mit den größeren Aufgaben waren auch höhere Anforderungen an diese Genossen gestellt worden. Anstatt aber mutig den Kampf um die erforderliche höhere persönliche Qualifikation zu beginnen, versuchten sie, für sich einen leichteren Weg zu finden und ihre Arbeit im Staatsapparat